



Dr. Peter Gauweiler

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender des
Ausschusses für Kultur und Medien
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 – 72 983
Fax: (030) 227 – 76 989
mail: peter.gauweiler@bundestag.de

Pressemitteilung

Bundestag: Deutsch muss in der EU mit Englisch und Französisch gleichberechtigt werden.

Die Deutsche Sprache muss in allen Organen der EU mit Englisch und Französisch gleichberechtigt werden. Darüber hinaus muss die deutsche Sprache mit deutlich größeren Anstrengungen und mit Nachdruck im Inland, im Ausland sowie auf EU- Ebene gefördert werden.

In der Plenardebatte des deutschen Bundestages von gestern anlässlich der ersten Lesung des von Dr. Gauweiler initiierten Antrages „Deutsch als dritte Arbeitssprache auf europäischer Ebene – Verstärkte Förderung von Deutsch als lernbare Sprache im Ausland“ fand die Initiative bei allen Fraktionen große Zustimmung. Auch von Vertretern der SPD, der FDP und den Grünen wurde ausdrücklich erklärt, die Initiative gehe in die richtige Richtung.

Bei seiner ersten Rede als Abgeordneter vor dem Deutschen Bundestag wies Dr. Gauweiler darauf hin, dass derzeit über 100 Millionen EU-Bürger Deutsch sprechen, davon etwa 91 bis 92 Millionen als Muttersprache. Damit spreche fast jeder dritte EU-Bürger (32%) Deutsch. Englisch als Muttersprache sprechen 62,2 Millionen EU-Bürger, Französisch 62,7 Millionen.

In Ihrer Initiative fordern CDU und CSU daher u.a.:

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich über die bisherigen Bemühungen hinaus noch stärker für die vollständige und ausnahmslose Gleichberechtigung von Deutsch als Dritter Arbeitssprache neben Englisch und Französisch einzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass Deutsch bei allen Veröffentlichungen, Datenbanken, Standards, Konferenzen und Ausschreibungen den Sprachen Englisch und Französisch gleichgestellt wird.

2. Die Bundesregierung soll verstärkt dafür Sorge tragen, dass der Verbreitung und Pflege der deutschen Sprache im Ausland ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. In diesem Zusammenhang sollte die Bundesregierung auch alle Anstrengungen unternehmen, um die Förderung der deutschen Sprache zum Nutzen des Studien- und Wirtschaftsstandortes Deutschland zu stärken. Hierzu gehört auch, dass in den Programmen der Deutschen Welle (Hörfunk und DW-TV) die deutsche Sprache als Vermittlungsinstrument und Kulturträger nicht reduziert, sondern gestärkt wird.

In der Bundestagsdebatte wandte sich Dr. Gauweiler, der von seiner Fraktion als außerordentliches Mitglied des Goethe-Institutes benannt wurde- auch gegen den massiven Abbau von Goethe- Instituten. Allein 28 Institute wurden in den letzten zehn Jahren geschlossen. Dem Abbau dieser für die deutsche Sprachförderung im Ausland so wichtigen Institutionen müsse unverzüglich und entschlossen entgegengewirkt werden.

Dr. Gauweiler wies darauf hin, dass auch der Deutsche Kulturrat die Initiative der CDU/CSU ausdrücklich begrüßt hat und sie unterstützen wird.